



Rathaus-Report

Mai/Juni_2007

Teure Wohnstadt Hamburg

Die SPD-Fraktion hat dem Senat eine Mitschuld an der steigenden Mietpreisentwicklung in Hamburg gegeben. „In vielen Stadtteilen schießen die Mieten nach oben. Die CDU trägt für die heutige Lage die Verantwortung“, sagte der stadtentwicklungspolitische Sprecher der Fraktion, JAN QUAST.

Er forderte, mehr Mietwohnungen zu bauen und warnte vor einer weiteren Verknappung von Mietraum durch Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen. Nach einer aktuellen Analyse des Immobilienunternehmens Grossmann & Berger explodieren die Mieten in vielen Stadtteilen. Kaltmieten von zehn Euro pro Quadratmeter sind oftmals schon die Regel.

Hauptursache ist der zu geringe Wohnungsbau bei einer gleichzeitig wachsenden Bevölkerung. Fachleute gehen von einem jährlichen Bedarf von 6000 bis 8000 neuen Wohnungen aus. Tatsächlich gebaut wurden seit 2001 unter 4000 Wohnungen. Verschärfend hinzu kommt, dass jedes Jahr 6000 bis 10.000 Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. Einen Neubau von Sozialwohnungen fördert der Senat

dagegen nur in einer Größenordnung von jährlich 300 bis 500 Wohnungen. Nur noch jedem Dritten Inhaber eines Dringlichkeitsscheins kann in Hamburg eine Sozialwohnung vermittelt werden. „Der Senat kann und muss die Rahmenbedingungen setzen. Er ist aber schon damit zufrieden, dass im vergangenen Jahr wenigstens die Hälfte der benötigten Wohnungen fertig geworden ist“, so Quast.

Zu wenig Neubauten

Der Senat könne die Probleme in der Wohnungsbaupolitik nicht länger leugnen: „Seine Förderprogramme werden nicht nachgefragt, städtische Grundstücke viel zu teuer angeboten. Es war klar, dass wir durch diese Entwicklung eine Knappheit im Wohnungsangebot bekommen werden. Steigende Mieten sind die Konsequenz“, sagte Quast.

In einem Antrag hat die SPD-Fraktion gefordert, ein Hamburgisches Wohnraumförderungsgesetz vorzulegen. Im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus soll der Neubau von mindestens 2400 Wohnungen gefördert werden. Insbesondere in den gefragten citynahen Quartieren soll mehr Mietwohnungsbau

Inhalt

Titel: Teure Wohnstadt Hamburg	1
Aktuelles: Noch ein Wahlrecht – Master unerwünscht – Bessere Aussichten	2-3
Position: Michael Neumann im Interview – Fraktion vor Ort	4
Aus der Bürgerschaft: Schuldenstopp – Massenflucht – Bilanz der Protokoll-Affäre – Steigende Gewalt	5-6
Hintergrund: Sicher, umweltfreundlich und zügig	7
Dialog: Förderung von Innovation und Mittelstand – Randnotiz – Termine	8

Herausgeber:
Vorstand der Sozialdemokratischen Fraktion
in der Hamburgischen Bürgerschaft

V.i.S.d.P.: Britta Ernst
Redaktion: Kathrin Flor, Christoph Holstein
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Telefon: (0 40) 4 28 31-13 25
Telefax: (0 40) 4 28 31-24 35
E-Mail: info@spd-fraktion-hamburg.de
Internet: www.spd-fraktion-hamburg.de

stattfinden. Die städtischen Flächen sollen vor allem an Genossenschaften und das städtische Unternehmen SAGA GWG vergeben werden. Ferner soll eine Überarbeitung des Baulückenkatasters erfolgen. „Wir müssen die neuen Gestaltungsmöglichkeiten nutzen, um den Wohnungsbau in Hamburg wieder zu beleben, um preisgünstigen Wohnraum für Familien und altersgerechten für Senioren zu schaffen, um energieeffizienten Modernisierung und umweltgerechten Neubau zu fördern“, erläuterte der Stadtentwicklungsexperte.

Erforderlich ist es aus Sicht der SPD-Fraktion zudem, den Mietenspiegel so zu überarbeiten, dass zukünftig mehr Rücksicht auf Quartiersbesonderheiten genommen wird. „Umwandlungen in Eigentumswohnungen dürfen nicht dazu führen, dass die verbleibenden Mietwohnungen für Mieter nicht mehr bezahlbar werden“, äußerte Quast.

Mit einer Großen Anfrage an den Senat will die SPD-Fraktion klären, in welchem Maße etwa in St. Georg, St. Pauli, Ottensen, Eimsbüttel, Altona oder Barmbek-Süd Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt wurden und wie sich der Bestand an Eigentumswohnungen in diesen Vierteln seit 1990 entwickelt hat. „Städtebauliche Sanierung und eine Aufwertung von Stadtquartieren sind nach wie vor erforderlich. Sie können jedoch auch negative Folgen haben, wenn sich die Anwohner die so genannte Hochstufung in eine gute Wohnlage nicht mehr leisten können“, warnte Quast. Es sei an der Zeit, dass der Senat seiner sozialen Verantwortung für einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt wieder nachkommt.

PRESSESPiegel

„Hamburg steht nächstes Jahr vor einer Richtungswahl. Es geht um die Frage, ob die Stadt weiter von Ole von Beust bürgerlich regiert werden soll oder von einem rot-grünen Linksbündnis.“ Bild vom 15. Mai 2007

„Ist das ein Treppenwitz! Die Linke boomt und wird damit einen Regierungswechsel zu Rot-Grün verhindern.“ Hamburger Morgenpost vom 10. Juni 2007

„Auch im Westen wird sich ein Fünfparteiensystem etablieren, das die Bildung klassischer Zweierkoalitionen künftig erschweren wird.“ Financial Times Deutschland vom 19. Juni 2007

„Für den Regierungschef einer ‚modernen Großstadtpartei‘ ist es nicht abwegig, dass Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust auf ein Regierungsbündnis mit den Grünen abzielt. Und nach der jüngsten Umfrage ist eine erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene sogar recht wahrscheinlich geworden.“ Welt vom 26. Mai 2007

„Es könnte durchaus sein, dass Christa und Ole als neues Polit-Traumpaar bereits das Aufgebot bestellt haben.“ Harburger Anzeigen und Nachrichten vom 26. Mai 2007

„Die CDU wird versuchen, den Wahlkampf noch mehr als bisher zu personalisieren, ihn also statt mit Sachthemen mit Ole von Beust zu gewinnen.“ Berliner Zeitung vom 30. Mai 2007

„Hamburgs SPD steckt im Dilemma: Sie muss sich als sozialere Alternative zur CDU des beliebten Bürgermeisters Ole von Beust präsentieren – dabei aber selbst für die härtesten Einschnitte ins soziale Netz seit 1949 geradestehen.“ Hamburger Abendblatt vom 26. Mai 2007

„Ganz unverblümt hat die CDU mit ihrer Bürgerschaftsmehrheit den Termin für die nächste Bürgerschaftswahl so gelegt, dass der Volksentscheid nicht zeitgleich stattfinden kann. Das ist eine Kampfansage.“ taz vom 15. Juni 2007

Noch ein Wahlrecht

Nachdem das Verfassungsgericht die Änderungen der CDU am per Volksentscheid eingeführten Wahlrecht für teilweise verfassungswidrig erklärt hat, muss die Bürgerschaft Anfang Juli ein neues Wahlrecht beschließen.

Das Verfassungsgericht hatte die Relevanzschwelle, die nach dem Willen der CDU das Kumulieren und Panaschieren in den Wahlkreisen faktisch wirkungslos machen sollte, für verfassungswidrig erklärt. „Es ist die größte denkbare Ohrfeige, wenn ein Verfassungsgericht der Regierungsmehrheit Wählertäuschung ins Stammbuch schreibt“, sagte SPD-Wahlrechtsexperte **ANDREAS DRESSEL**.

Im Hinblick auf das neue Wahlrecht gibt es derzeit drei Vorschläge: Die CDU favorisiert das niedersächsische Kommunalwahlrecht, die SPD dagegen die Bremer Variante. Hier erhält die Persönlichkeitsstimme eine stärkere Gewichtung als in Niedersachsen. „Damit wären wir dichter am Willen des Volksentscheids“, erläuterte Dressel. Die GAL-Fraktion will auf eine Parteistimme ganz verzichten. Alle Stimmen sollen direkt auf die Bewerber verteilt werden.

Die Bürgerschaftswahl hat die CDU auf den 24. Februar 2008 terminiert. Laut Internetplattform election.de hätten zurzeit weder die CDU noch Rot-Grün eine Mehrheit. Die Linkspartei würde mit fünf Prozent der Stimmen Rot-Grün verhindern. Die CDU käme laut Prognose auf 43 Prozent, die SPD auf 30 und die GAL auf 15. Die FDP würde mit vier Prozent am Einzug ins Landesparlament scheitern.

Den Wahltag hat die CDU so gewählt, dass der Volksentscheid

„Hamburg stärkt den Volkstentscheid“ nicht am selben Tag abgestimmt werden kann. Er soll jetzt am 14. Oktober stattfinden. Kalkül der CDU für eine Trennung der Wahlgänge ist es, den Volkstentscheid durch eine geringe Beteiligung scheitern zu lassen. Für eine Verfassungsänderung wird eine Zustimmung von mindestens 50 Prozent aller Wahlberechtigten benötigt.

Master unerwünscht

Zwischen der Universität Hamburg und dem Senat ist ein Streit über die Masterstudiengänge ausgebrochen. Offensichtlich will der Senat nur 30 Prozent der Studenten den höherwertigen Uniabschluss ermöglichen.

„Wir befürchten, dass insbesondere für die geisteswissenschaftlichen Studiengänge nur noch eine geringe Anzahl an Masterstudienplätzen übrig bleibt. Für kleinere Fächer wird es erst recht eng“, sagte die hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **BARBARA BRÜNING**.

Uni-Präsidentin Monika Auweter-Kurtz hatte erklärt, die finanziellen Rahmenbedingungen der Universität ließen nur 1200 Plätze im Masterstudium außerhalb der Lehramts- und Jurastudiengänge zu. Um die Bestandsgefährdung für die Universität abzuwenden, müsste ein Drittel der Professorenstellen gestrichen werden. „Wenn sich eine Hochschulpräsidentin so über ihre Hochschule äußert, müssten bei den politisch Verantwortlichen alle roten Lampen angehen“, sagte Brüning. Eine geringe Zahl an Masterabschlüssen würde sich negativ auf die wissenschaftliche Qualifizierung des Nachwuchses auswirken, warnte die Hochschulexpertin. „Es wäre ein internationaler Wettbe-

werbsnachteil für den Wissenschaftsstandort Hamburg.“ Problematisch sei auch, dass die Präsidentin die Fächervielfalt ernsthaft gefährdet sehe. „Sie war stets das entscheidende Qualitätsmerkmal der Uni Hamburg“, so Brüning.

Bessere Aussichten

Die Zahl der Arbeitslosen in Hamburg sinkt, die Wirtschaft wächst. „Entscheidend ist, dass jetzt auch die Langzeitarbeitslosen vom Aufschwung am Arbeitsmarkt profitieren“, sagte **HANS-CHRISTOFF DEES**, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Dies läuft angesichts mangelnder Programme und Qualifizierungsangebote bislang nur schleppend an. 38,9 Prozent der Arbeitslosen, insgesamt 32.235 Hamburger, sind bereits seit über einem Jahr ohne Beschäftigung. „Fast täglich höre ich von Betroffenen, was alles in den Jobcentern schief läuft. Hier hat der Senat noch eine Riesenbaustelle vor sich“, so Dees.

Die Vermittlung in Ein-Euro-Jobs klappt immer noch nicht reibungslos. Schuld soll die Software sein, mit der Arbeitsagentur und Träger die Stellen verwalten. „Mein Eindruck ist, dass das Vergabeverfahren chaotisch läuft“, sagte die SPD-Wirtschaftsexpertin **GESINE DRÄGER**.

Insgesamt suchten Ende Mai 82.918 Hamburger einen Arbeitsplatz. Das sind 16,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Beschäftigten wuchs um 2,5 Prozent.

Nach einer Studie des Prognos-Instituts kommt Hamburg bis 2030 auf ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 1,7 Prozent. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen soll um 57.000 zunehmen.

NEWS

Teures Projekt

Die SPD-Fraktion hat die Unterzeichnung des Vertrages für die U-Bahn in die Hafencity Anfang Juni als „sündhaft teuren Fehler“ bezeichnet. „Während die CDU in der Bürgerschaft von Haushaltssanierung und Schuldenabbau tönt, versenkt sie aus Prestige-gründen beim Bau der U4 rund 300 Millionen Euro im Sand“, sagte der stadtentwicklungspolitische Sprecher, **Jan Quast**.

Zweifelhaftes Bekenntnis

Die SPD-Fraktion hat die Ernsthaftigkeit des Senats in der Klimaschutzpolitik in Frage gestellt. „Der Senat agiert ohne klaren Kurs. Es drängt sich der Verdacht auf, dass der Klimaschutz lediglich ein Mittel zur Selbstdarstellung ist“, sagte die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion, **Monika Schaal**. Umwelt-Staatsrätin **Gundelach** hatte dem Energieanbieter Vattenfall in einem Brief nahegelegt, die ursprünglich geplante Menge Kohle zur Verbrennung im geplanten Kraftwerk Moorburg zu verdoppeln.

Schwache Vorbereitung

SPD-Wirtschaftspolitiker **Ingo Egloff** hat den vom Senat verhängten Stopp der Baggerarbeiten in Vorbereitung der Elbvertiefung kritisiert. „Es ist ein Armutszeugnis, dass die Maßnahmen zurückgenommen werden müssen, weil man versäumt hat, vorher Gespräche zu führen“, so Egloff. Gegen eine Elbvertiefung gibt es Widerstände aus Niedersachsen aus Sorge um die Deichsicherheit.

Visionen für Hamburg

SPD-Fraktionschef **Michael Neumann** hat das Buch „Hamburg - Mut zur Vision“ vorgestellt, das er als Herausgeber auf den Weg gebracht hat. Es enthält zahlreiche Beiträge von Experten zur Bildungs-, Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik.

AUS DER FRAKTION

SABINE BOEDDINGHAUS bot am 22. Mai eine Bürger- und Elternsprechstunde in ihrem Abgeordnetenbüro im Schloßmühlendamm an.

WILFRIED BUSS lud am 23. Mai die Hamburger Schulsekretärinnen zu einem Empfang in den Kaisersaal des Rathauses.

INGO EGLOFF war am 29. Mai Gast beim Delegiertentag der Hamburger Sportjugend.

ABGEORDNETE DER SPD-FRAKTION fuhren am 8. Juni zur Besichtigung des Bergwerks Ost nach Hamm.



GÜNTER FRANK beteiligte sich am 11. Juni an der Maritimen Konferenz der norddeutschen Länder in Berlin.

MICHAEL NEUMANN veranstaltete am 11. Juni eine Rathausführung für die Kinder der Kita Berner Schlossgeister.

WILFRIED BUSS und **ANDREA HILGERS** luden am 11. Juni zu einem Empfang für Eltern von Kita- und Schulkindern in den Kaisersaal des Rathauses.

BARBARA BRÜNING moderierte am 13. Juni die Veranstaltung „Weiterbildung an Hochschulen – Eine Chance für Unternehmen?“ aus der Reihe „Fraktion im Dialog“.

BARBARA DUDEN begrüßte am 15. Juni das Deutsch-Russische Jugendparlament im Hamburger Rathaus.

MONIKA SCHAAL nahm am 20. Juni am Hearing „MIMI - Mit Migranten für Migranten“ im Bezirksamt Eimsbüttel teil.



„Einen Regierungswechsel gibt es nur mit uns“

Fraktionschef Michael Neumann im Interview

Herr Neumann, seit Bremen und dem Vereinigungsparteitag redet alles von der Linkspartei – Sie auch?

Nein. Wir reden über die Bürgerschaftswahl. Und was die Linkspartei in Hamburg da vorhat, weiß ich nicht.

Also ignorieren?

Das wäre falsch. Meine persönliche Auffassung: Wir müssen uns mit denen auseinandersetzen, hart und sachlich – aber dazu müssen wir erst wissen, was die anderen wollen.

Wie sollte sich die SPD positionieren?

Wir dürfen nicht den Fehler machen, uns gegen die eigene Partei profilieren zu wollen. Das funktioniert nicht. Kein Wackeln bei der Agenda 2010 – wir müssen die Erfolge der Reformpolitik darstellen ohne die Härten wie Hartz IV zu leugnen. Und wir müssen deutlich machen, dass ein Regierungswechsel in Hamburg nur mit den Sozialdemokraten möglich ist.

Wenn die Linkspartei in die Bürgerschaft einzieht, wird es knapp für Rot-Grün..

... es wird nahezu unmöglich. Wer Linkspartei-PDS wählt, sorgt dafür, dass die CDU und Bürgermeister von Beust an der Macht bleiben. Wer die Linkspartei wählt, kann seine Stimme auch gleich der CDU geben.

Michael Naumann will das Thema Mindestlöhne zum Wahlkampfthema machen. Ist das Erfolg versprechend?

Ja. Die Arbeitsmarktreformen machen einen Mindestlohn notwendig. Spätestens wenn mit der vollständigen Öffnung der Märkte vermehrt Arbeitnehmer aus Osteuropa und anderen EU-Beitrittsländern nach Hamburg kommen, muss man dies regeln. Ich will, dass diejenigen, die sich anstrengen und etwas leisten, davon auch ihr Leben finanzieren können, also bezahlbaren Wohnraum finden, auch mal Urlaub machen und sich ein Auto leisten können.

Fraktion vor Ort: In Altona

In ihrer Reihe „Fraktion vor Ort“ besuchte die SPD-Fraktion am 7. Mai die Stadtteile Altona, Ottensen und Bahrenfeld.

Der Stadtteilbesuch begann im Beratungszentrum FLAKS, das sich für Frauen, Mütter und Familien sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stark macht. Danach folgten Gespräche und Rundgänge im Sanierungsgebiet Altona-Altstadt und auf dem Gaswerksgelände Bahrenfeld.

Die Fraktionssitzung fand im Bürgerzentrum Bahrenfeld „bahrena“ statt. Christian Budde vom Verein Nutzmüll e.V. berichtete hier von seiner Arbeit. Zum Abschluss des Tages trafen sich die Abgeordneten mit Stadtteilaktivisten noch in der Recycle-Bar.

Schuldenstopp

Ab 2013 darf die Hansestadt Hamburg keine Schulden mehr machen. Dies hat die Bürgerschaft mit CDU-Mehrheit beschlossen. Über eine gesetzliche Regelung des Schuldenstopps waren sich alle Fraktionen einig, SPD und GAL legten jedoch einen eigenen Antrag vor.

„Es besteht Einigkeit zwischen Parteien, Sachverständigen und Rechnungshof, dass die bisherigen rechtlichen Grenzen der staatlichen Schuldenaufnahme nicht zeitgemäß sind und die Verschuldung nicht wirksam begrenzen“, sagte SPD-Finanzpolitiker **WOLFGANG MARX**. „Wir alle wollen das Anwachsen des Schuldenbergs stoppen. Strittig ist der Weg.“

SPD und GAL forderten, in die Schuldenregelung auch die städtischen Vermögensverkäufe mit einzubeziehen. Ihr gemeinsamer Antrag gestattet der Stadt nur noch Kredite in Höhe der um Wertverluste und Veräußerungen bereinigten Investitionen. Nur wenn in der Summe das Vermögen der Stadt erhöht wird, dürfen Kredite zur Finanzierung genutzt werden. „Vermögensverkäufe müssen nach einhelliger Meinung von Experten wie Schulden behandelt werden. Hier springt der CDU-Vorschlag zu kurz“, so Marx.

Die CDU will ein Gebot der Nullverschuldung ab 2013. „Das Ziel ‘Nullverschuldung’ ist einerseits zu wenig, andererseits aber auch unvernünftig restriktiv“, urteilte GAL-Haushaltsexperte Willfried Maier. „Zu wenig, weil es dem Vermögensverkauf keine Grenze setzt. Zu restriktiv, weil Kreditaufnahmen auch dann nicht erlaubt sind, wenn damit über die Abschreibungen hinaus das öffentliche Vermögen

durch Investitionen vermehrt wird.“ Eine vermögensorientierte Verschuldungsregel, wie sie SPD und GAL beantragen, schlägt auch der Sachverständigenrat in einem Gutachten vor. Diese Verschuldungsregel kann sinnvoll ergänzt werden um eine Schuldenbremse nach dem Schweizer Modell. In der Schweiz sind seit vier Jahre Kreditaufnahmen in wirtschaftsschwachen Jahren gestattet, die jedoch durch Überschüsse in konjunkturstarke Jahre auszugleichen sind.

Massenflucht

Bis zu 1000 Beschäftigte der Asklepios-Kliniken wollen dem privaten Klinikbetreiber den Rücken kehren. Sie machen von ihrem Rückkehrrecht Gebrauch, das ihnen bis Ende Juni als ehemalige Angestellte des öffentlichen Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK) eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst zusichert.

„Der Verkauf der Krankenhäuser war eine Todsünde. Er hat die Steuerzahler viel Geld gekostet, denn tatsächlich wurden die Kliniken verschenkt“, sagte SPD-Fraktionschef **MICHAEL NEUMANN**. „Wenn jetzt mehrere hundert Krankenhaus-Mitarbeiter zur Stadt zurückkommen wollen, weil sie es beim privaten Asklepios-Konzern nicht aushalten, drohen weitere Kosten.“

Theoretisch haben 6800 der insgesamt 11000 Beschäftigten der Asklepios-Kliniken einen Rückkehranspruch. Hauptproblem für die Stadt ist die Suche nach passenden Jobs in der Verwaltung für die Klinik-Angestellten und die langfristige Finanzierung der Stellen. Mit rund 50 Millionen Euro jährlich könnten die Rückkehrer zu Buche schlagen. Während der Verkaufshandlungen hatte der Senat noch

INITIATIVEN

Vor Lärm schützen

Die SPD-Abgeordnete Monika Schaal hat im Hinblick auf die steigende Zahl von nächtlichen Starts und Landungen am Flughafen Fuhlsbüttel für einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der Luftverkehrswirtschaft und den Flughafenanliegern geworben. Schaal warnte vor einer „schleichenden Aufweichung des Nachtflugverbots“ in Hamburg. Die Stadt solle sich als Mehrheitsgesellschaft für die Einhaltung der Lärmschutzregelungen einsetzen.

Landesgesetz vorlegen

Die SPD-Fraktion hat ihre Forderung nach einem Hamburgischen Gesetz für verbindliche Vorsorgeuntersuchungen von Kindern bekräftigt. „Wo große Schritte nötig sind, trippelt Sozialsenatorin Schnieber-Jastram weiter“, sagte der sozialpolitische Sprecher der Fraktion, Dirk Kienschurf. Statt den Weg für verbindliche Untersuchungen von Kindern frei zu machen, versteckte sich die Senatorin hinter einer „halbherzigen und überholten“ Bundesratsinitiative.

Car-Sharing ausbauen

Die SPD-Fraktion möchte die gemeinsame Nutzung von Fahrzeugen in Hamburg voranbringen. „Wir wollen die Rahmenbedingungen für das Car-Sharing verbessern. Und wir hoffen, dass die laufende Klimaschutzdebatte für ein Umdenken der CDU sorgt“, sagte die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion, Karin Timmermann.

Aggressionen abbauen

Der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jürgen Schmidt, will Boxunterricht zum Bestandteil des freiwilligen Schulsports machen. Er soll Fitness und Disziplin fördern, aber auch die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen dämpfen.



HIGHLIGHTS

„Das Schuldenproblem ist letztlich nur durch strikte Ausgabenbegrenzung und stabile Einnahmen zu lösen.“ MICHAEL NEUMANN (SPD)

„Wir wollen den Stopp der Neuverschuldung.“ RÜDIGER KRUSE (CDU)

„Wir wollen in diesem Punkt strikter und strenger sein, aber sie verwässern ja alles.“ WILLFRIED MAIER (GAL)

„Die Pläne der CDU bedeuten nur, dass wir beschließen sollen, bei gutem Wetter möge es in Hamburg nicht regnen.“ WOLFGANG MARX (SPD)

„Sie weinen hier Krokodilstränen, aber in Wahrheit müssen wir eine rot-grüne Suppe auslöffeln.“ MICHAEL FREYTAG (CDU)

„Aufgeblasene Ochsenfrösche mit Wahlkampfgetöse hatten wir selten als Finanzsenatoren.“ WALTER ZUCKERER (SPD)

„Wir brauchen als einzigen Koalitionspartner die Bürger der Stadt.“ OLE VON BEUST (CDU)

„Wir gehen weder in einen Lagerwahlkampf noch legen wir uns fest, sondern werben um möglichst viele Stimmen für unsere grünen Konzepte.“ CHRISTA GOETSCH (GAL)

„Wir werden von Beust und die Union im Wahlkampf entzaubern.“ MICHAEL NEUMANN (SPD)

„Der Senat hat beim Verkauf des LBK die Stadt geschädigt.“ WALTER ZUCKERER (SPD)

„Wir haben nicht nur eine Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern des LBK, sondern gegenüber allen Hamburgern.“ THIES GOLDBERG (CDU)

„Wie die Rückkehrer bei der Stadt beschäftigt werden sollen, ist völlig unklar.“ MARTIN SCHÄFER (SPD)

„Es sind in der Tat mehr Rückkehrer, als wir erwartet haben.“ HARALD KRÜGER (CDU)

„Die Schuldigen sitzen hier auf der Senatsbank.“ JENS KERSTAN (GAL)

optimistisch behauptet: „Der Senat geht davon aus, dass es gelingt, die Zahl der Rückkehrwilligen sehr klein zu halten“. Doch inzwischen konnten sich die Angestellten ein Bild vom neuen Arbeitgeber machen.

Wenn womöglich jeder zehnte Angestellte die Kliniken verlässt, könnte dies auch negative Folgen für die Versorgung der Patienten haben. „Es ist zu befürchten, dass sich durch die Personalflucht aus den Kliniken sowohl die Versorgung der Patienten als auch die Arbeitsbedingungen für die übrigen Beschäftigten massiv verschlechtern werden“, sagte SPD-Fraktionsvize MARTIN SCHÄFER.

Bilanz der Protokoll-Affäre

Die Bürgerschaftsfraktionen von SPD und GAL haben zum Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) in der so genannten Protokoll-Affäre Bilanz gezogen. Sie bekräftigten ihre Kritik an Bürgermeister von Beust, Sozialsenatorin Schnieber-Jastram und Senatskanzleichef Schön.

„Sie tragen die politische Verantwortung für die begangenen Fehler. Die Affäre hat Justizsenator Kusch und Sozialstaatsrat Meister das Amt gekostet. Allein das widerlegt die CDU, die die Affäre zu einem Affärchen machen wollte“, sagte der SPD-Obmann im Untersuchungsausschuss, ANDREAS DRESSSEL.

Die Affäre war ausgelöst worden, weil vertrauliche Dokumente aus dem PUA zur geschlossenen Unterbringung Feuerbergstraße im vergangenen Jahr in die Sozial- und die Justizbehörde gelangt waren. Wenn von Beust an die Sozialsenatorin und den Chef der Senatskanzlei „auch nur annähernd die gleichen

Maßstäbe angelegt hätte wie an Kusch und Meister, hätten beide ebenfalls rausfliegen müssen“, so Dressel.

SPD und GAL plädierten für eine Überarbeitung des PUA-Gesetzes. Jede Weitergabe von Papieren müsse sanktioniert werden. Außerdem brauche die Bürgerschaft eine Heimenschutzordnung.

Steigende Gewalt

Die SPD-Fraktion hat Innensenator Udo Nagel Hilflosigkeit bei der Bekämpfung der Jugendgewalt vorgeworfen. „Die Gewalt unter jungen Leuten nimmt teilweise dramatisch zu. Dem Innensenator fällt aber nichts anderes ein, als neue Arbeitskreise zu gründen“, kritisierte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, ANDREAS DRESSSEL.

Die Zahl der gefährlichen und schweren Körperverletzungen in Hamburg ist im ersten Quartal 2007 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum von 1224 auf 1383 Fälle gestiegen. Das entspricht einer Steigerung um rund 12 Prozent. Vor allem Jugendliche gehören zu den Gewalttätern. Rund 42 Prozent aller Tatverdächtigen sind jünger als 21 Jahre. „Die CDU trägt seit sechs Jahren Verantwortung in der Stadt. Sie hat der Steigerung weitestgehend tatenlos zugesehen“, so Dressel.

Vor eineinhalb Jahren habe Nagel das Problem Jugendgewalt entdeckt. Seitdem habe es Innenministerkonferenzen gegeben, eine Fachkonferenz, die Gründung einer Staatsrätelenkungsgruppe und eine Amtsleiterrunde. „Dies ersetzt aber kein politisches Handeln“, sagte Dressel. Die SPD-Fraktion hatte im März einen Elf-Punkte-Katalog zur Eindämmung der Jugendkriminalität vorgelegt.



Sicher, umweltfreundlich und zügig

Vor dem Hintergrund der Klimaschutz-Debatte hat die SPD-Fraktion den Senat zu einer „deutlichen Korrektur seiner Verkehrspolitik“ aufgefordert. Die Fachsprecherin für Verkehrspolitik, KARIN TIMMERMANN, stellte das Eckpunktepapier „Verkehr in der Menschlichen Metropole Hamburg: sicher - umweltfreundlich – zügig“ vor. „Wir ziehen mit diesem Papier die Konsequenzen, die sich aus der Klimaschutzdebatte ergeben - und wir zeigen Wege, wie die Interessen der verschiedenen Verkehrsteilnehmer in Hamburg unter einen Hut gebracht werden können“, so Timmermann.

Das Eckpunktepapier ist ein weiterer Schritt zur Konkretisierung des SPD-Leitbildes „Menschliche Metropole“. In dem Papier fordert die SPD einen Ausbau des Nahverkehrssystems, eine Wiederaufnahme der Stadtbahn-Planung und eine spürbare Steigerung des umweltfreundlichen Verkehrs in Hamburg. Die Hamburger Verkehrspolitik soll aus Sicht der Sozialdemokraten geprägt sein von einer optimal abgestimmten Förderung des motorisierten Verkehrs, des öffentlichen Nahverkehrs sowie der Rad- und Fußwege. „Hamburg braucht anders als in den vergangenen fünf Jahren endlich wieder eine klare Zielsetzung – eine Vision, wie sich der Verkehr in Hamburg entwickeln soll“, sagt Timmermann.

In dem zehnteiligen Papier fordert die SPD unter anderem den Ausbau und die Umsetzung umweltfreundlicher Verkehrstechnologien. Ein Element ist die ständige Modernisierung und Attraktivitätssteigerung des Nahverkehrs. „Wir wollen Menschen Anreize bieten, den Nahverkehr noch stärker zu nutzen“, so Timmermann. Die Bahnhöfe wollen die Sozialdemokraten Schritt für Schritt behinderten- und seniorengerecht ausbauen.

Die Planungen für ein Stadtbahn-Kernnetz will die SPD wieder aufnehmen und als erste Strecke die Verbindung City-Steilshoop-

Bramfeld ins Auge fassen. Gleichzeitig sollen die Optionen einer Stadtbahn zur Anbindung von Stadtteilen neu bewertet werden, die bislang keine direkte City-Anbindung haben. Gleiches gilt für die notwendige Anbindung der Arenen. „Mit Blick auf die Finanzierbarkeit ist für einige Teile der Stadt die Stadtbahn das einzige realisierbare Modell“, meint Timmermann.

Bessere Zeiten für Radfahrer

Als sinnvolle Ergänzung des öffentlichen Nahverkehrs will die SPD das Car Sharing ausbauen. Die gemeinschaftliche Autonutzung vermindert den motorisierten Individualverkehr, ermöglicht aber zugleich eine flexible Mobilität. „Car Sharing trägt zur Reduzierung von Energieverbrauch, Luftschadstoffen, Lärm und Flächenverbrauch bei“, erläutert Timmermann.

Den Anteil des Fahrradverkehrs am Gesamtverkehr will die SPD von derzeit rund zehn auf 15 Prozent steigern. Um dieses Ziel zu erreichen, soll ein stadtweiter Aktionsplan erarbeitet werden. Es soll ein Radwegealltagsnetz eingeführt werden mit dem Schwergewicht auf Streckenführungen abseits der Hauptverkehrsstraßen. Ziel Hamburger Verkehrspolitik müsse es sein, „bei der Attraktivität für Radfahrer endlich die Abstiegsränge in der Bundesliga zu verlassen“, sagt Timmermann.



Den umweltfreundlichen Verkehr in Hamburg will die SPD steigern.

Darüber hinaus fordert das Verkehrspapier, den Zustand des Hamburger Straßennetzes spürbar zu verbessern. Die Instandhaltung soll dabei Vorrang vor dem Bau neuer Straßenzüge haben. In den Stadtteilen soll ausreichend Parkraum geschaffen werden, unter anderem durch eine Förderung von Quartiersgaragen. Alle Verkehrsschilder sollen auf ihre tatsächliche Notwendigkeit hin überprüft werden.

Die SPD-Verkehrsexpertin sprach sich auch für einen möglichst schnellen Baubeginn der Hafenuferspanne aus. Sollte die Verbindung mautpflichtig werden, müsse es Sonderregelungen für die Bewohner Wilhelmsburgs und der Veddel geben.

Für die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer soll ein generelles Tempolimit von 50 Stundenkilometern gelten. Aus Klimaschutzgründen soll auch für Autobahnen auf dem Hamburger Gebiet durchgängig ein Tempolimit von maximal 120 Stundenkilometern gelten.

Es müsse in der Verkehrspolitik darum gehen, die Interessen und Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer miteinander zu verbinden, fordert Timmermann. „Die Debatte um den Klimaschutz zeigt, wie wichtig konkrete und finanzierbare Schritte sind. Wir setzen darauf, dass der Senat seine bisherige, auf das Auto ausgerichtete Verkehrspolitik überdenkt und korrigiert.“



RANDNOTIZ

Eine vertrauliche Dienstanweisung an "team.arbeit.hamburg" aus dem Mai lautete: Es soll keine Werbung für das HVV-Sozialticket geben, „um den Personenkreis der Berechtigten und den Arbeitsaufwand so gering wie möglich zu halten“. Das Ticket soll Langzeitarbeitslosen ab Juli eine Ersparnis von fünf Euro monatlich bringen. Doch wo von ungeliebte Hilfeempfänger nichts wissen... Ein „Versehen“ beeilt sich Sozial- und Wirtschaftsbehörde zu versichern. Doch es gehört nicht viel dazu, Absicht und Einstellung hinter dieser Dienstanweisung zu erkennen.



Und während sich der CDU-Senat schwer tut, Bürgern zu ihrem finanziellen Recht zu verhelfen, klappt die umkehrte Variante der Abzocke weiterhin reibungslos. Eine City-Maut wird jetzt parteiübergreifend erwogen. Als ob Hamburg auch nur in Ansätzen etwas gemein hätte mit Metropolen wie London. Aber unter dem Deckmantel des Klimaschutzes lässt sich nun ja jede Schweinerei verkaufen, Hauptsache die öffentlichen Kassen klingeln. Auf Bundesebene wird Ottonormalverbraucher der sauer verdiente Urlaub fern deutscher Preise und beschränkt haftender Freundlichkeit streitig gemacht, warum in Hamburg dann nicht der Ausflug an die Alster. Entscheidend wird sein, die Kennedy- und Lombardsbrücke in die Maut-Zone aufzunehmen und weiterhin eine Alsterseite zu sperren. Dann tappt so gut wie jeder Hamburger täglich in die Maut-Falle. Und falls jemand auf die Idee kommt, auf den HVV umzusteigen: Keine Sorge, auch dieser erhöht gerne mal die Preise.

Förderung von Innovation und Mittelstand

In der Reihe "Fraktion im Dialog" lädt die SPD-Bürgerschaftsfraktion ein zu einer Diskussionsveranstaltung über die Förderung und Finanzierung von Innovation, Existenzgründung und Mittelstand in Hamburg. „Kleine und mittlere Unternehmen prägen die Unternehmenslandschaft in Deutschland. Sie sind Jobmotor und tragen maßgeblich zur Entwicklung innovativer Produkte und Verfahren bei“, so SPD-Wirtschaftsministerin GESINE DRÄGER. „Deshalb wollen wir ins Gespräch kommen.“

Ein starkes Hamburg brauche viele kreative Menschen, die der Wirtschaft neue Impulse geben, sagte Dräger. „Diese wiederum sind auf eine umfassende Beratung über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten und einen kompetenten Partner an ihrer Seite angewiesen.“

Welche Hindernisse sind beim Aufbau eines Unternehmens zu überwinden? Wie kann eine kompetente Beratung, Förderung und Finanzierung für Existenzgründer aussehen? Wie kann der Zugang zu Beteiligungskapital verbessert werden? Wie kann auch die Gründung aus der Arbeitslosigkeit heraus zu einem Erfolg werden? Diese und weitere Fragen sollen im Mittelpunkt der Diskussion stehen.

Das Eingangsreferat hält Dr. Klaus Rave, Vorstandsmitglied der Investitionsbank Schleswig-Holstein. Außerdem mit dabei sind Jochen Kunz-Michael von der Lawaetz-Stiftung, Prof. Dr. Rolf Eggert als Präsident der Hauptverwaltung Hamburg der Deutschen Bundesbank sowie Dr. Steffen Egner, Gründer und Geschäftsführer Media-Analyzer.

Förderung und Finanzierung von Innovation, Existenzgründung und mittelständischen Unternehmen
Dienstag, 3. Juli 2007, 18.00 Uhr, Rathaus, Kaisersaal. Anmeldung unter Tel.: 42831 1325, Fax: 42831 2435 oder per Email an info@spd-fraktion-hamburg.de.

Möchten Sie:

- den Rathaus-Report bestellen.
- den Email-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen.
- den Bildungs-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen.
- eine Sitzung der Bürgerschaft besuchen.
- Kontakt zu Angeordneten aus Ihrem Stadtteil aufnehmen?

Dann schreiben Sie uns:

SPD-Bürgerschaftsfraktion
Hamburger Rathaus (3. Stock)
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Tel.: 428 31 13 25, Fax: 428 31 24 35
Email: info@spd-fraktion-hamburg.de

TERMINE

- 24. Juni 2007, 11.30 Uhr**, Empfang zum 70. Geburtstag von Hans-Ulrich Klose, Kaisersaal, Rathaus
- 25. Juni 2007, 19.30 Uhr**, Talk in Altona: „Die jungen Alten“, Altonaer Museum, Museumstrasse 23
- 28. Juni 2007, 19.00 Uhr**, Bildungsgerechtigkeit, Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Baseler Höfe, Esplanade 15
- 2. Juli 2007, 19.00 Uhr**, Parlamentarisches Sommerfest, Rathaus, Innenhof
- 3. Juli 2007, 18.00 Uhr**, Fraktion im Dialog: Förderung und Finanzierung von Innovation, Existenzgründungen und mittelständischen Unternehmen, Rathaus, Kaisersaal
- 4./5. Juli 2007, 15.00 Uhr**, Bürgerschaft, Rathaus, Plenarsaal
- 31. Juli 2007, 19.00 Uhr**, CSD-Empfang der Fraktion, Rathaus, Kaisersaal